



Kassel, 14. Oktober 2022 | Ausgabe Nr. 115

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

mit drei Entlastungspaketen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro unterstützen wir vor allem diejenigen, die es am nötigsten haben: Geringverdiener*innen, Sozialhilfeempfänger*in-

Haushalte und wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen finanzieren. Insgesamt 200 Milliarden Euro stellen wir dafür bereit. In dieser Woche brachten wir das für die Finanzierung notwendige Gesetz auf den Weg. Die von der Bundesregierung eingerichtete Expert*innen-Kommission Gas und Wärme hat dazu am Dienstag Empfehlungen vorgelegt, die nun von der Bundesregierung geprüft und dann in die parlamentarischen Beratungen gebracht werden ([ab Seite 4](#)).

Das neue Bürgergeld

In dieser Woche haben wir eine der größten Sozialreformen der vergangenen 20 Jahre angepackt: das neue Bürgergeld. Damit erneuern wir das Schutzversprechen unseres Sozialstaats. Wer den Job verliert, muss sich keine Sorgen machen, auch die Wohnung oder das Ersparnis zu verlieren. Denn in den ersten zwei Jahren werden weder Wohnung noch Vermögen angetastet. Jobcenter und Leistungsberechtigte sollen sich auf Augenhöhe begegnen, dabei setzen wir auf Kooperation und Vertrauen. Auch die Regelsätze werden deutlich erhöht und künftig früher an die Inflation angepasst. Außerdem wird der Zugang zu Weiterbildungen verbessert. Mehr erfährt ihr auf [Seite 2](#).

Wohngeld Plus

Für Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien und Rentner*innen wird es immer schwieriger, die hohen Mietkosten zu bezahlen. In dieser Woche berieten wir deshalb die Reform des Wohngeldes — die größte und weitreichendste seit 1965. Mehr zur Reform lest ihr auf [Seite 3](#). Unabhängig davon wollen wir Mieter*innen besser davor schützen, wegen Zahlungsrückständen ihre Wohnung zu verlieren. Wir wollen ein soziales Mietrecht!

Solidarität mit den Iraner*innen

Wir stehen solidarisch an der Seite der Frauen und aller Iraner*innen, die für ihre Rechte und Freiheiten auf die Straße gehen und verurteilen die schweren Verstöße gegen Frauenrechte, die brutalen Repressionen gegen Demonstrierende und die willkürliche Inhaftierung von Menschen. Der Tod von Mahsa Jina Amini und weiteren Personen muss umfassend und unabhängig aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Deutschland wird deshalb den Fall vor den UN-Menschenrechtsrat bringen und gemeinsam mit den Partnern in der EU über weitere Konsequenzen beraten. Dazu gehören auch gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche.

Euer



nen, Rentner*innen und Studierende. Um die Stromkosten für Haushalte zu dämpfen, bereiten wir eine Strompreisbremse vor. Wir werden sie finanzieren, indem wir die im Zuge der Krise entstandenen Zufallsgewinne einiger Energieunternehmen abschöpfen.

Parallel spannen wir einen Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges auf, um unter anderem eine Gaspreisbremse sowie eine Einmalzahlung für



Das Bürgergeld kommt

Mehr Respekt, mehr Chancen, mehr Unterstützung

Wir lassen Hartz IV hinter uns! Mit dem neuen Bürgergeld steht der Sozialstaat den Menschen als Partner zur Seite. Wir sichern arbeitssuchende Menschen ab und helfen ihnen dabei, ihre Potenziale zu entwickeln und neue Chancen zu ergreifen.

Ab dem 1. Januar 2023 ersetzt das neue Bürgergeld die bisherige Grundsicherung, auch bekannt als Hartz IV. Die Reform soll dann schrittweise in den Jobcentern umgesetzt werden. Mit dem Bürgergeld sorgen wir für mehr Respekt vor der Leistung der Menschen, setzen auf gegenseitiges

bisherige Eingliederungsvereinbarung wird durch einen Kooperationsplan ohne Rechtsfolgenbelehrung abgelöst, der zwischen Leistungsberechtigten und Jobcentern erarbeitet wird. In der sich daran anschließenden Vertrauenszeit wird besonders auf Zusammenarbeit auf Augenhöhe gesetzt.

Lediglich mehrfache Meldeversäumnisse können sanktioniert werden. Die Leistungen werden jedoch nicht gemindert, wenn dies im Einzelfall zu einer außergewöhnlichen Härte führen würde.

Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen durch umfassende Betreuung langfristig in Arbeit zu bringen. Die Basis hierfür ist gegenseitiges Vertrauen und Kooperation. Der Vermittlungsvorrang (die Vermittlung in Jobs oder auch Hilfstätigkeiten) wird abgeschafft, um insbesondere Geringqualifizierte auf dem Weg zu einer Berufsausbildung zu unterstützen oder zielgerichtete Weiterbildung zu ermöglichen. Hierfür ist auch ein monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro vorgesehen. Leistungsberechtigte erhalten sie einen Bürgergeld-Bonus von 75 Euro, wenn sie an einer Maßnahme teilnehmen, die für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt besonders wichtig sind.

In den ersten zwei Jahren des Bürgergeld-Bezugs gilt eine Karenzzeit. Das bedeutet, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung in tatsächlicher Höhe übernommen werden und unerhebliches Vermögen keine Rolle spielt. Die Vermögensüberprüfung wird insgesamt vereinfacht und die Freibe-

tragsregelungen verbessert.

Mit dem Bürgergeld-Gesetz wird auch die Förderung für den Sozialen Arbeitsmarkt entfristet, die soziale Teilhabe in längerfristig öffentlich geförderter Beschäftigung ermöglicht. Das Ziel bleibt die langfristige Integration in eine ungeforderte Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt.

Das neue Bürgergeld:

- ✓ Weniger Leistungskürzungen durch Sanktionen
- ✓ Besserer Schutz für Erspartes, Wohnung, Altersrücklagen
- ✓ Coaching und Fokus auf neue Chancen durch Qualifizierung
- ✓ Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie
- ✓ Höhere Regelsätze, Weiterbildungsgeld und die Entfristung der Weiterbildungsprämie
- ✓ Keine Vermittlung in unpassende oder kurzlebige Jobs. Ziel: langfristige Integration in den Arbeitsmarkt



Vertrauen und erneuern das Schutzversprechen unseres Sozialstaats. Den Entwurf des Bürgergeld-Gesetzes der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Mit der Einführung des Bürgergelds wird der Regelsatz um etwa 50 Euro erhöht und künftig schneller an die Inflation angepasst, um Preissteigerungen besser abzubilden. Die



Wohngeld-Plus und Heizkostenzuschuss

Höheres Wohngeld für deutlich mehr Geringverdienende

Um Menschen mit geringem Einkommen von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, weiten wir den Kreis der Berechtigten deutlich aus und erhöhen das Wohngeld. Über den dazu von uns als Koalitionsfraktionen vorgelegten Gesetzesentwurf beriet der Bundestag in 1. Lesung — ebenso wie über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der die Auszahlung eines zweiten Heizkostenzuschusses vorsieht.

Die Wohngeldreform ist Teil des dritten Entlastungspakets. Rund 1,4 Millionen Haushalte sollen durch die Reform erstmals oder erneut einen Wohngeldanspruch erhalten. Damit erreicht das Wohngeld ab 2023 insgesamt rund zwei Millionen Haushalte statt wie bislang ungefähr 600.000. Der Wohngeldbetrag soll sich 2023 mit der Reform voraussichtlich um durchschnittlich rund 190 Euro pro Monat erhöhen und steigt damit von durchschnittlich rund 180 Euro pro Monat auf rund 370 Euro pro Monat — das ist eine Verdoppelung des bisherigen Betrags.

Zusätzlich soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente die steigenden Heizkosten dämpfen. Außerdem wird das Wohngeld um eine Klimakomponente ergänzt, die Mieterhöhungen durch Modernisierungen für mehr Klimaneutralität abfedert. Diese Komponente wird als Zuschlag gewährt, wenn die Mieterhöhung nicht bei der Berechnung des Wohngeldes berücksichtigt werden kann.

Darüber hinaus wird für die im Jahr 2022 zu erwartenden Mehrbelastungen ein zweiter Heizkostenzuschuss ausgezahlt. Damit werden zielgenau finanzielle Belastungen bedürftiger Haushalte kompensiert, die beim ersten Heizkostenzuschuss noch nicht berücksichtigt werden konnten. Vom zweiten Heizkostenzuschuss sollen danach alle Haushalte profitieren, die in mindestens einem Monat zwischen dem 1. September und 31. Dezember 2022 wohngeldberechtigt sind. Zudem sollen wie beim ersten Heizkostenzuschuss auch die Empfänger*innen von

Leistungen nach dem BAföG sowie von Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfen profitieren, die einen pauschalen Heizkostenzuschuss erhalten.

Von dem zweiten Heizkostenzuschuss profitieren laut Bundesregierung rund 660.000 wohngeldbeziehende Haushalte, rund 372.000 Geförderte nach dem BAföG, rund 81.000 Geförderte mit Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz sowie rund 100.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen.

Mehr Wohngeld für Millionen!



Statt 600.000 profitieren künftig **2 Millionen** Haushalte.



Dauerhafte **Heizkosten-** und **Klimakomponenten** entlasten bei steigenden Wohnkosten. **Damit steigt das Wohngeld** im Schnitt von 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat.

Zum Zwischenbericht der Expert*innen-Kommission Gas|Wärme

Sicher durch den Winter

Die Expert*innen-Kommission Gas und Wärme hat am vergangenen Wochenende getagt und diese Woche ihren Zwischenbericht „Sicher durch den Winter“ vorgelegt. Die Kommission hat eine gute Grundlage für unsere Beratungen in Regierung und Parlament geliefert.

Stufe 1 – schnelle Unterstützung durch Einmalzahlung

- Die Abschlagszahlung im Dezember 2022 wird vom Staat übernommen.
- Vermieter*innen verrechnen diese mit ihren Mieter*innen, wenn diese selbst keinen Vertrag mit dem Versorger haben.
- Betrifft alle Gas- und Fernwärmeverträge

Stufe 2 – Gaspreisbremse

- Ab 1. März 2023 wird der Preis für ein Kontingent (80 % des Verbrauchs, der der Abschlagszahlung aus September 2022 zugrunde gelegt wurde) auf 12. Ct/kWh begrenzt; oberhalb dieses Kontingents wird der volle Marktpreis fällig.
- Dieses Kontingent wird faktisch als Rabatt ausgestaltet, der sich wie folgt berechnet: $\text{Rabatt} = (\text{individueller Arbeitspreis} - \text{Garantiepreis}) \cdot \text{Grundkontingent} / \# \text{Abschläge}$.
- Dieser Rabatt wird auf den monatlichen Abschlag angerechnet.
- Die Gutschrift muss von Vermieter*innen auf die Wohnungen bzw. Mieter*innen umgelegt werden. Für von WEG bewirtschaftete Mehrfamilienhäuser wird entsprechend verfahren.
- Versorger stellen über diesen monatlichen Rabatt eine Bescheinigung aus, die im Rahmen der Einkommenssteuererklärung eingereicht werden muss und ab einem bestimmten Einkommen angerechnet wird. Die Kommission wollte damit eine soziale Differenzierung sicherstellen.

Zukunft

Die ExpertInnen-Kommission sieht eine gezielte Kompensation der privaten wie unternehmerischen Verbraucher*innen durch sozial-differenzierte Direktzahlungen als grundsätzlich den besten Mechanismus an. Aber es gibt derzeit keine staatliche Infrastruktur dafür. Die Kommission wirbt daher dafür, eine solche schnell anzulegen. Ergänzend solle es Härtefallfonds geben, die Härten abfedern, die durchaus weiterhin entstehen können. Auch das Wohngeld Plus könne hier helfen. Ein Hilfsfonds für soziale Dienstleister*innen wurde ebenfalls angeregt. *Fortsetzung auf der nächsten Seite*



Fortsetzung: Sicher durch den Winter –
Zum Zwischenbericht der Expert*innen-Kommission Gas|Wärme

Gaspreisbremse für die Industrie ab dem 1.1.2023

- Der Preis für ein Kontingent (70 % des Verbrauchs des Jahres 2021) wird auf 7 Ct/kWh begrenzt; oberhalb dieses Kontingents wird der volle Marktpreis fällig.
- „Nur“ 70% sollen hier eine höhere Einsparwirkung erzielen als im Haushaltsbereich, wo das Grundkontingent sich auf 80 % des Verbrauchs bezieht.
- 7 Ct/ kWh entsprechen den 12 Ct/ kWh im Haushaltsbereich, da es sich bei den 12 Ct/ kWh um einen Bruttopreis handelt.
- Um den Einsparanreiz aufrechtzuerhalten, können die Unternehmen geförderte Gasmengen, die sie selbst nicht nutzen, am Markt verkaufen.
- Die Förderung ist an den Standorterhalt und eine Transformationsperspektive gebunden.

Für weitere Brennstoffe, wie Pellets oder Öl, werden wir im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch Nachbesserungen vornehmen, wenn die Belastungen für die Kund*innen ähnlich hoch sind wie beim Gas.

Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist entscheidend, dass wir schnell für die Bürger*innen sowie Unternehmen Sicherheit bekommen und ihnen die Sorgen nehmen, die Energiekosten nicht mehr tragen zu können. Die Vorschläge der Expert*innen-Kommission sind die Grundlage für die nun notwendigen Beratungen in Regierung und Parlament, die wir schnellstmöglich beginnen wollen. Hier werden wir noch einmal zusätzliche weitere Aspekte beleuchten, diskutieren und entscheiden können. Aber die Richtung stimmt: Eine Mischung aus schnell wirksamen und systemischen Eingriffen ist genau das, was die SPD-Fraktion schon in ihrer Klausurtagung in Dresden gefordert hat. **Das Wort des Kanzlers gilt: You'll never walk alone!**

Energiepreise

Entlastung von Unternehmen bei steigenden Energiepreisen

Um die energieintensiven Unternehmen angesichts der hohen Preise zu unterstützen, bringt die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes ein. Somit sorgen wir dafür, dass Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (UPG) im Energie- und im Stromsteuerrecht u.a. den sogenannten Spitzenausgleich weiter erhalten. Diese Steuerbegünstigung ist bisher nur bis Ende 2022 gesetzlich verbindlich geregelt.

Diese Steuerentlastungen ermöglichen es den UPG, für alle Energie- und Stromverbräuche eines Jahres unter rechnerischer Zugrundelegung der Rentenversicherungsbeiträge bis zu 90 % der nach Abzug der allgemeinen Steuerentlastung dann noch verbleibenden Energie- bzw. Stromsteuer auf Heizstoffe und Strom zurückerstattet zu bekommen. Voraussetzungen sind, dass diese Unternehmen ein Energie- oder Umweltmanagementsystem betreiben und die Bundesregierung jeweils festgestellt hat, dass die jährlichen Zielwerte zur Reduzierung der Energieintensität erreicht wurden.

Damit werden rund 9.000 energieintensive Unternehmen in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro entlastet. Unternehmen, die von diesem Spitzenausgleich profitieren, sollen Maßnahmen ergreifen, um den Verbrauch der Energie zu reduzieren. Durch die Verlängerung wird die Energiepreissteigerung gedämpft, einer weiter zunehmenden Inflation entgegengewirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver und im internationalen Wettbewerb befindlicher UPG in Deutschland weiterhin gewährleistet. Den Gesetzentwurf haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.



Energiepreispauschale für Rentner*innen und Pensionär*innen des Bundes

Gezielt unter die Arme greifen

Angesichts der steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten ist im dritten Entlastungs-paket eine Einmalzahlung für Rentner*innen sowie Pensionär*innen des Bundes vorgesehen. In dieser Woche berieten wir den dazugehörigen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in 1. Lesung.



Hohe Energiekosten –
Bundesregierung bringt weitere
Entlastung auf den Weg:

300 Euro für Rentner:innen

Rentner:innen bekommen eine zu
versteuernde **Energiepreispauschale**
von 300 Euro.

Die Pauschale beträgt 300 Euro. Der Betrag wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet, ist aber steuerpflichtig. Damit stellen wir sicher, dass kleinere und mittlere Einkommen mehr davon haben.

Anspruch darauf hat, wer in Deutschland wohnt und am Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz hat.

Die Auszahlung erfolgt automatisch durch die Rentenzahlstellen und die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen voraussichtlich am 15. Dezember.

Der Entwurf sieht außerdem vor, dass die Obergrenze für sogenannte Midijobs (der Übergangsbereich, in dem Arbeitnehmende geringere Sozialbeiträge zahlen) von 1.600 auf 2.000 Euro angehoben wird. Die Rentenansprüche reduzieren sich dadurch nicht.

Besonders Geringverdienende profitieren von dieser Neuregelung, da ihnen so mehr Netto vom Brutto bleibt. Außerdem wird durch die Erhöhung der Obergrenze der Anreiz erhöht, auch über einen Minijob hinaus erwerbstätig zu sein. Ein gutes Signal für den sozialen Zusammenhalt!

Mehr Verbraucher*innenschutz durch Herkunftsstempel bei Energie

Auf der Stromrechnung können Endverbraucher*innen einsehen, wie hoch der Anteil ihres Strommixes ist, der aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden ist. Energieversorger dürfen Strom nur dann als solchen aus Erneuerbaren Energien ausweisen, wenn für die gelieferte Menge auch Herkunftsnachweise im Herkunftsnachweisregister beim Bundesumweltamt dokumentiert wurden. Solche Herkunftsnachweise erhöhen die Transparenz und stärken den Verbraucher*innenschutz, weil sie Endverbraucher*innen dabei unterstützen, bewusste und informierte Kaufentscheidungen zu treffen. Zugleich verbessern sie die Vermarktung von Energieprodukten und schaffen Anreize für Unternehmen, Energieträger vermehrt aus erneuerbaren Quellen anzubieten.

Die EU hat 2018 beschlossen, solche Herkunftsnachweisregister auch für gasförmige Energieträger wie Gas und Wasserstoff sowie für Wärme und Kälte einzurichten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten. Anfang 2023 soll das Gesetz in Kraft treten.

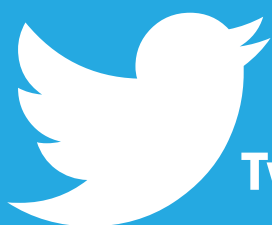
Kitas

Weitere Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung

Mehr Personal in KiTas, Förderung der sprachlichen Bildung und Stärkung der Kindertagespflege – hierfür stellt der Bund den Ländern im Rahmen des KiTa-Qualitätsgesetzes in den kommenden zwei Jahren vier Milliarden Euro zur Verfügung. Das wird der Qualität in der Kindertagesbetreuung einen weiteren Schub geben. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Das KiTa-Qualitätsgesetz entwickelt das Gute-KiTa-Gesetz weiter, mit dem in den vergangenen Jahren viel Gutes erreicht wurde: etwa bessere Personalschlüssel und mehr kostenfreie KiTa-Plätze. Für die Umsetzung des Gesetzes sind die Länder zuständig. Sie können entscheiden, in welche der sieben vorrangigen Handlungsfelder sie die Mittel investieren: Beispielsweise können sie den Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern, damit mehr Zeit für die individuelle Förderung von Kindern bleibt. Sie können auch die sprachliche Bildung in den Kitas stärken, Leitungskräfte entlasten oder die Kindertagespflege als wichtige Angebotssäule ausbauen.

Bereits eingeführte Beitragsentlastungen der Eltern sollen grundsätzlich weiter finanziert werden – vorausgesetzt, mehr als 50 Prozent der Mittel fließen in die sieben prioritären Handlungsfelder. In Kommunen, die noch KiTa-Beiträge erheben, sollen diese verpflichtend nach Elterneinkommen, der täglichen Betreuungszeit und der Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder der Familie gestaffelt werden. Damit werden Familien mit niedrigen Einkommen gezielt entlastet.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

 fb.com/TimonGremmels

 instagram.com/gremmels

 twitter.com/Timon_Gremmels

 linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



KURZ NOTIERT

1 Der „Doppel-Wumms“ – das 200-Milliarden-Paket wird Gesetz

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) vor. Ziel ist es, ihn um einen weiteren Zweck zur Abwehr schwerer wirtschaftlicher Schäden durch die krisenhafte Entwicklung auf den Energiemärkten zu erweitern. Zudem soll eine Kreditermächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro im Jahr 2022 geschaffen werden. So wird der von der Bundesregierung angekündigte Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges ertüchtigt, um die Auswirkungen der Energiekrise abzufedern.

Wesentliche Maßnahmen sind die Finanzierung von Gaspreisbremse, Strompreisbremse und weiterer Stützungsmaßnahmen. Das erfordert eine Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes.

Für die zusätzlichen neuen bis zu 200 Mrd. Euro des Abwehrschirms ist ein neuer Beschluss des Bundestags gem. Art. 115 Abs. 1 Satz 6 GG (sog. Notfallklausel) erforderlich. Da die Überschreitung der Schuldengrenzen diesmal nur vertieft wird, genügt hierfür die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages. Eine Umwidmung der Mittel für andere Zwecke im Bundeshaushalt ist nicht möglich. Damit wird verdeutlicht, dass die Mittel allein der Abwehr der Folgen der außergewöhnlichen Notsituation dienen. Den vorliegenden Gesetzentwurf berieten wir diese Woche in 1. Lesung.

2 Antibiotika in der Tierhaltung besser erfassen & reduzieren

Der Einsatz von Antibiotika kann die Bildung von resistenten Bakterien begünstigen. Das hat zur Folge, dass die Wirksamkeit dieser Arzneimittel abnimmt und sich Krankheiten leichter ausbreiten. Davon betroffen ist auch die Tierhaltung. Grundsätzlich sind Tierhaltende deshalb dazu angehalten, halbjährlich den Behörden mitzuteilen, an wie vielen Tagen ein Tier mit Antibiotika behandelt wurde (so genannte „Therapiehäufigkeit“). Werden bestimmte Werte

überschritten, müssen die Betriebe Maßnahmen durchführen, die den Einsatz von Antibiotika verringern. Seit Beginn der Erfassung im Jahr 2011 konnte der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung so um 65 % reduziert werden.

Ab 2024 sind die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, jährlich umfassende Daten zum Einsatz von Antibiotika bei Tieren an die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) übermitteln, um den Einsatz von Antibiotika in landwirtschaftlichen Betrieben noch besser zu erfassen und weiter zu reduzieren. Damit das gelingt, brachte die Bundesregierung in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes in den Bundestag ein.

Dieser sieht vor, das 2014 eingeführte nationale Antibiotika-Minimierungskonzept zu erweitern. Dieses verpflichtet Tierhaltende dazu, Daten zur Anzahl der Tiere und zum Einsatz von Antibiotika halbjährlich an die zuständigen Behörden zu melden. Galt dies bisher nur für die Tiermast, fallen darunter künftig auch Betriebe mit Milchkühen, Jung- und Legehennen, Sauen mit Saugferkeln sowie mit Kälbern, die im Haltungsbetrieb geboren sind.

Zugleich wird mit dem Gesetzentwurf die Datenerfassung bei Rindern, Schweinen, Hühnern und Puten verbessert. Im Tierarzneimittelgesetz werden überdies besonders kritische Arzneimittel künftig stärker gewichtet, um ihren Einsatz in den Betrieben zu reduzieren. Dies soll eine noch umsichtiger Verwendung von Antibiotika in der Tierhaltung bewirken, um so einen Beitrag zur Bekämpfung von Resistenzen zu leisten.

Presse – DIE ZEIT No 40 | 29. September 2022

Was muss man beim politischen Lachen beachten, Herr Gremmels?

DIE ZEIT: Herr Gremmels, Sie sind der Lach-Spitzenreiter im Deutschen Bundestag – elfmal werden Sie in den Sitzungsprotokollen dieser Legislaturperiode namentlich als Lacher genannt. Was ist so lustig am Dasein als Abgeordneter?

Timon Gremmels: Im Bundestag einfach zuhören – das kann ich nicht. Parlament stammt vom lateinischen *parlare* ab, reden. Für mich bedeutet Parlament ein großes Palaver, mit allem, was dazugehört: reden, klatschen, abwinken, dazwischenrufen – und auch lachen. Man kann lachen, wenn ein Kollege etwas Lustiges sagt, wenn jemand von uns am Rednerpult einen Wirkungstreffer gegen die anderen erzielt. Und man kann natürlich auch höhnisch lachen. Herbert Wehner hat einmal gesagt: Der Zwischenruf ist das Salz in der Suppe des Parlamentarismus. Und ich darf ergänzen: Das Lachen ist der Pfeffer.

ZEIT: Sie sind Energieexperte bei der SPD. Eigentlich gibt es doch bei Ihrem Kernthema gerade wenig zu lachen ...

Gremmels: Das stimmt. Wir stehen gerade vor Herausforderungen in der Energieversorgung, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr kannten. Hinzu kommt der Preisschock. Aber wenn die AfD in dieser Lage die Technik von vorgestern als die Lösung von morgen anbietet, darf man trotzdem schon mal lachen. Oder wenn die Union völlig vergisst, dass es die CDU-Kanzlerin Angela Merkel war, die den Ausstieg aus der Atomenergie nach Fukushima vorgezogen hat, und die CDU jetzt die Atomkraft als Zukunftstechnologie verkaufen möchte. Wenn man da nicht lacht, wann dann?

ZEIT: Sie lachen also, so höre ich da raus, lieber über andere als mit ihnen?

Gremmels: Nein. Aber in der parlamentarischen Debatte hat das Lachen noch eine andere Funktion. Bei einem Zwischenruf müssen Sie schlagfertig und schnell im Kopf sein, man muss in ganz kurzer Zeit abchecken, ob das, was man rufen will, eigentlich schlau ist ...

ZEIT: ... kurzer Zwischenruf: Sie sind laut Protokoll nicht nur der meistgenannte Lacher, sondern auch einer der eifrigsten Zwischenrufer im Parlament.

Gremmels: Stimmt. Aber zuweilen bin ich dann doch nicht schnell genug – und dann lache ich. Das ist ja auch eine Kommentierung des politisch Gesagten. Für mich ist das Lachen ein Zwischenruf ohne Worte.

ZEIT: Die Stenografen des Bundestages unterscheiden zwischen »Lachen« und »Heiterkeit«. Lachen wird dabei eher als ein »lachen über«, also auslachen, verstanden, »Heiterkeit« als ein »lachen mit« – da war etwas lustig. Bei Ihnen verteilt sich das wie folgt: elfmal Lachen, nullmal Heiterkeit. Sind Sie doch nicht so lustig, wie man auf den ersten Blick vermuten könnte?

Gremmels: Ich lache schon sehr gern über einen gelungenen Spruch – und haue selbst auch mal einen raus. Und über mich selbst kann ich auch gut lachen, da habe ich gar kein Problem. Ich verstehe mich schon auch als heiteren Menschen. Dass mich die Stenografen beim »Lachen« so

auf dem Schirm haben, liegt wahrscheinlich daran, dass sie mich als Zwischenrufer gut kennen.

ZEIT: Setzen Sie das hämische Lachen, das Auslachen, bewusst als Waffe in der politischen Auseinandersetzung ein?

Gremmels: Lachen, um jemanden lächerlich zu machen – das wäre eine bewusste Steuerung, eine ganz gezielte Strategie. So geht die AfD vor. Die AfD führt die Debatte im Bundestag allein für ihre YouTube-Kanäle und Video-Portale. Sie setzt das hämische Lachen als Stilmittel ein, um den gesamten parlamentarischen Betrieb lächerlich zu machen. Insofern geht von dieser Art Lachen auch eine Gefahr aus.

ZEIT: Ein Abgeordneter bringt Sie besonders oft zum Lachen: Karsten Hilse von der AfD. Warum?

Gremmels: Karsten Hilse gehört zu den Hardlinern in der AfD, seine Reden grenzen oft an offene Hetze. Sein Menschen- und sein Gesellschaftsbild ist mir zutiefst zuwider. Wenn ich bei seinen Reden lache, dann ist das stets ein Lachen aus Verzweiflung.

ZEIT: Kommen wir mal vom Belachen zum Heiteren. Der unter »Heiterkeit« in den Bundestagsprotokollen namentlich am häufigsten Genannte ist – Überraschung! – Alexander Graf Lambsdorff. Hat der Adel mehr Sinn für Humor als die Sozialdemokratie?

Gremmels: (*lacht*) Ich bin kein Adels-Experte. Aber womöglich liegt die gute Laune von Graf Lambsdorff ja darin begründet, dass die FDP Teil der Ampel ist und mitregieren darf. Zwar gab es auch unter der Kanzlerin Angela Merkel viel zu lachen (*lacht*). Doch die Atmosphäre ist in der Ampel entspannter, als sie es in der Groko war. Obwohl die Themen härter, existenzieller geworden sind, wird heute in Koalitionsrunden der Energiepolitiker mehr gelacht, als es in der Groko der Fall war. Beim Lachen entlädt sich ja auch die ganze Spannung, unter der wir aktuell stehen. Lachen ist dann eine Verarbeitungsstrategie. Wenn die eigene Mimik die ganze Zeit die Weltlage widerspiegelt – wie soll man das aushalten?

ZEIT: Was muss man beim politischen Lachen am meisten beachten?

Gremmels: Dass man keine unpassenden Bilder produziert. Armin Laschet hat das die Karriere gekostet. Es gibt Themen, Momente und Anlässe, wo Politiker das Lachen tunlichst vermeiden sollten.

ZEIT: Zu guter Letzt: Haben Sie schon mal wegen der Politik geweint?

Gremmels: Ja. Ich habe früher sehr eng mit dem von einem Rechtsextremen ermordeten Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke, zusammengearbeitet. Kurz nach der Tat gab es eine Debatte im Bundestag, bei der der Mord eine große Rolle gespielt hat. Bei meiner eigenen Rede hatte ich mich noch im Griff. Aber als der Kollege Brand von der CDU, ein Parteifreund von Lübcke, dann sehr persönlich über ihn sprach, war es vorbei – da flossen die Tränen. Emotionen gehören dazu.

Die Fragen stellte **Peter Dausend**

Wer lacht am meisten?

11	Timon Gremmels, SPD
6	Leni Breymaier, SPD
3 3	Gabriele Katzmarek, SPD
5	Tino Chrupalla, AfD
5	Matthias W. Birkwald, Die Linke
4 1	Karsten Hilse, AFD
4 1	Peter Boehringer, AFD
3 2	Julia Klöckner, CDU
5	Alexander Graf Lambsdorff, FDP

Wie kommen wir auf diese Zahlen?

Jede Sitzung des Deutschen Bundestages wird in einem Plenarprotokoll festgehalten. Zuständig dafür sind 14 Stenografen und neun sogenannte Revisoren. Zusätzlich zu den Redebeiträgen werden Zurufe oder Applaus vermerkt. Und eben auch Lachen und Heiterkeit.

Auf Anfrage teilt die Bundestagsverwaltung mit: »Wenn Stenografen Lachen beziehungsweise Heiterkeit im Plenarsaal wahrnehmen, vermerken sie dies im Plenarprotokoll. »Heiterkeit« umschreibt seit jeher die Reaktion auf etwas Lustiges. Daneben wird im Protokoll das »Lachen« vermerkt, das anders gemeint ist – eher abfällig, abwertend, verlachend.«

In der Regel lache nicht ein einzelner Abgeordneter, sondern es lachen mehrere Abgeordnete einer Fraktion. Daher laute die Klammerbemerkung in den meisten Fällen Lachen/Heiterkeit bei (...) -Fraktion. Dies haben wir in der Grafik oben links dargestellt. Falls nur ein einziger Abgeordneter wahrnehmbar lacht, wird er im Protokoll namentlich aufgeführt (Grafik oben).

Für diese Zusammenstellung haben wir die ersten 52 Sitzungen des Deutschen Bundestages der 20. Legislaturperiode ausgewertet. Die letzte ausgewertete Sitzung fand am 9. September statt.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Tag der offenen Tür bei der KVG

Am Tag der Deutschen Einheit öffnete der KVG-Betriebshof Sandershausen seine Türen zum Tag der offenen Tür und gewährte spannende Ein- und Ausblicke – z.B. auf das Dach einer RegioTram.



125 Jahre Bahnstrecke Kassel-Volkmarsen

Vor 125 Jahren wurde die Bahnstrecke Kassel-Volkmarsen eingeweiht.

Heute fährt auf der Strecke die RT4 (Kassel-Wolfhagen) und die RB 4 (Kassel-Korbach). Diese Bahnstrecke ist ein wichtiger Faktor in puncto Verkehrswende. Sie verbindet die Stadt mit dem Land und wird dadurch tagtäglich von vielen Pendler*innen genutzt.



Bürger*innen-Sprechstunde am Infomobil

Am 01. Oktober habe ich zur Bürger*innen-Sprechstunde am Infomobil des Deutschen Bundestags eingeladen, das zu Gast war auf dem Kasseler Königsplatz.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Know-how-Transfer

In dieser Woche fand der „Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland“ statt. Die Wirtschaftsjunioren haben eine lange Tradition im Dialog mit der Politik. Eine Woche lang begleiten 100 junge Führungskräfte aus der Wirtschaft 100 Abgeordnete des Bundestages – mich begleitet Nicolas Kuhaupt aus Kassel.

Ziel des Programms ist es, dass ein direkter Dialog zwischen Politik und der neuen Generation im deutschen Mittelstand entsteht. Viele Mitglieder der Wirtschaftsjunioren stehen an der Spitze von Unternehmen, die in ihrer Region bereits echte Wirtschaftsmotoren sind – auch Weltmarktführer ihrer Branche.



Besuch aus dem US-Kongress

Am Donnerstag hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zum Runden Tisch eingeladen, um über die transatlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund der aktuellen Energiepolitik/-krise in Deutschland und Europa zu sprechen. Mit dabei waren zwei Abgeordnete aus dem US-Kongress. Neben mir als Sprecher der AG Klimaschutz und Energie war auch mein Bundestagskollege Bengt Bergt (rechts im Bild) – ebenfalls Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie – beim Gespräch mit dabei.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Interview mit dem Sky News Channel

Am Dienstag sprach ich mit dem Sky News Channel über die Energiepolitik in Zeiten des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.



Gespräch mit der Holz- & Sägeindustrie

Mit Vertreter*innen der Holz- und Sägeindustrie sprach ich über den Beitrag von Holz für die Energiewende.

Schülergruppe zu Gast in Berlin

Vielen Dank an die beiden Hauptschulkassen der Heinrich-Schütz-Schule aus Kassel, die mich diese Woche im Bundestag besucht und mich mit ihren Fragen gelöchert haben. Hat Spaß gemacht!



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ Telefon 0561 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 timon-gremmels.de 📷 @gremmels